

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

109 (12.5.1934) Zweites Blatt

Umschau.

Deutschlands schwerer Friedensstumpf. — Deutschtum in Ost und West, Memel und Saar. — Frankreichs Absichten in Genf.

(Durlach, den 12. Mai.)

Unsere engere Heimat und ganz Deutschland stehen noch unter dem Eindruck der Katastrophe, die das sonnige Markgräflerland im einzigen großen Bergwerk Badens betroffen hat. Wir trauern um die 86 toten Männer, die 65 Witwen und 107 Kinder unter 15 Jahren hinterlassen haben, Opfer der Arbeit, des Kampfes des Menschen um sein Dasein, den wir Deutsche ja schon so lange unter erschwerenden Bedingungen führen. Wieder bringt die Statistik der Arbeitslosigkeit vom Ende April freilich eine Besserung um fast 200 000, aber sie zeigt wiederum wie schwer der Weg noch ist, den wir des Weiteren noch zurücklegen müssen. Der Reichsfinanzminister hat uns bei seinem Aufenthalt in Karlsruhe gleichfalls gesagt, daß noch vieles zu überwinden ist und daß der Erfolg nur errungen werden kann, wenn jeder in Gefühl der nationalen Pflichtverbundenheit und Ehre mit allen seinen Kräften sich dabei einsetzt, der Arbeiter, Angestellte und Beamte nicht weniger als der Unternehmer. Was an zusätzlicher Arbeitsbeschaffung unter Vorgriffen auf künftige Steuereingänge geschaffen wurde, ist ja nur eine Anleitung für die Wirtschaft, die es lernen muß, allmählich aus sich selbst heraus sich wieder zu tragen.

Deutschlands Blick ist notgedrungen nicht nur auf das Nächste, die Besserung der Lage im Innern gerichtet, sondern immer wieder auch nach außen, nach untern Grenzen, wo weiterhin unter dem Zeichen des Schanddiktats von Versailles deutschem Volkstum schweres Unrecht getan wird. Es ist symbolhaft, daß gerade in diesen Wochen sich deutsche Not im äußersten Osten, im Memelland und ganz im Westen, im Saarland uns besonders deutlich vor Augen tritt. Das Memelland will ein Kleinstaat Litauen, dessen Volk so gut wie nichts geleistet hat, nun ganz annektieren, ihm die bescheidenen, selbst durch die Ententestaaten zugebilligten und sogar verbürgten Selbstverwaltungsrechte nehmen, um es zu entdeutschen und seine eigene Kulturlosigkeit darüber auszubreiten, lediglich geleitet von einem untreuen und gerade hier ganz unbedeutenden Nationalismus. Im Saargebiet aber ist es vor allem die Profitsucht besonders einflußreicher Kreise in Frankreich, die es nicht verwinden kann, geraubtes Gut, Land und Volk wieder zurückgeben zu müssen, die sich aller, selbst der übelsten Wertzeuge bedient und jedem Versuch geneigt ist, irgendwie das deutsche Recht dort zu „fortzujagen“.

Das Echo, das die Rede des Reichspropagandaministers in Saarbrücken fand — die meisten von uns haben sie ja auch wohl im Rundfunk gehört — die neuen Antriebe, eine internationale Polizeimacht nach dem Saargebiet zu entsenden, um die angeblich bedrohte „Freiheit“ der Abstammung dort zu schützen, zeigen freilich, wie sehr sich Paris schon als geschlagen fühlt. Es bedarf eigentlich gar nicht des Hinweises eines Rechtspolitikers wie Gustav Heine in der Pariser „Victorie“, der seiner Regierung vorwirft, pharisäerhaft das deutsche Angebot einer freundschaftlichen Regelung der Saarfrage abgewiesen und dadurch die Dummheit begangen zu haben, im nächsten Jahr eine schallende Dreifache einstecken zu müssen, wenn die Saarländer bei der Abstimmung ihrer Liebe zu Deutschland Ausdrück geben.

Aber auch sonst steht man in Frankreich gegenwärtig nicht gerade in der allerbesten Haut. Das Vertrauen, daß England die französischen Pläne unterstützen und sich für die Aufrechterhaltung der Pariser Vorherrschaft in Europa mit allen möglichen Garantien und Bündnisversprechungen einsetzen würde, ist auf den Nullpunkt gesunken, so daß man zu Beginn dieser Woche nun auf einmal überhaupt alles als verloren gab, was nach Abklärung aussehen könnte, und einmal ohne Maske zu erkennen gab, daß man selbst um jeden Preis der am besten Gerüstete sein wolle. Gewiß gibt es in London noch Kreise, die sich immer wieder dafür einsetzen, den französischen Wünschen zu entsprechen, aber der Ministerpräsident Macdonald, der auch eine Politik in dieser Richtung trieb und weiter treibt, stieß auf wachsenden Widerstand bei seinen Ministerkollegen. Wie denn auch der französische Plan, eine internationale Polizei ins Saargebiet zu schicken, nicht nur bei Stalin und anderen Mächten, sondern gerade auch in England heftigen Widerspruch fand, wo man die Abhängigkeit merkt, dadurch neue Zwischenfälle hervorzurufen, um womöglich doch die Saarabstimmung hinauschieben zu können. Wie denn auch englische Blätter ganz im Gegensatz zur Pariser Presse nach der Zweibrückener Kundgebung, deren gewaltigen Eindruck anerkannten und sagten, daß die zu 99 % deutsche Bevölkerung der Saar im nächsten Jahre mit einer überwältigenden Mehrheit für Deutschland stimmen werde.

In den Wochen um Pfingsten wird man sich in Genf also wieder einmal über die Abrüstung unterhalten und Frankreich wird, das steht schon fest, sich gegen jede Abrüstung, soweit sie Frankreich selbst treffen sollte, wenden. Nun müßte man aber auch, da die weitgehenden Garantieforderungen, die man an England stellte, unerfüllbar sind, von sich selbst heraus eine Aktion gegen das angeblich bereits aufgeregte Deutschland in Gang bringen. Da gibt es aber einen Haken. Denn Deutschland kann hier glatt Nein sagen und zwar unter Berufung darauf, daß Frankreich ja durch seine Weigerung abzurufen, bereits den Vertrag gebrochen hat, daß es ferner im Dezember 1932 doch auch die Viermächteerklärung unterzeichnet hat, in der Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt

wurde. Deshalb, so sagen englische Blätter, werde es wohl auch in Genf keine Mehrheit unter den dort vertretenen Ländern geben, die bei solch klarer Rechtslage für Deutschland und solch eindeutiger Unrechtslage für Frankreich sich für ein internationales Einschreiten gegen Deutschland mit allen seinen schweren Folgen aussprechen wird.

Die Warschauerreise des französischen Außenministers war ja auch sicher kein Erfolg. Das hob sich auch in den letzten Tagen wieder deutlicher ab, denn Polen ist ziemlich mißvergnügt über die französischen Versuche, nun die holländischen Nachbarn Moskau an Stelle Deutschlands in den Völkerverbund hineinzubringen. Die kleine Entente entgleitet sichtlich immer mehr der Pariser Führung, weil sie sowohl angeichts der Donaupläne, die gegeneinander Rom und Paris betreiben, zerpalten ist, wie sie auch ganz anderen wirtschaftlichen Interessen folgen muß, als sie in diesen Plänen liegen. Es bliebe nur die Tschchoslowakei als sicherer, aber doch wohl als zu schwacher Gefolgsmann für die Fortsetzung der Versailler Politik um jeden Preis.

Aufruf für das „Hauswirtschaftliche Jahr für Mädchen“

Deutsche Frauen und Mütter!

Gewaltigen Bemühungen aller Deutschen ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit um mehr als die Hälfte ihres höchsten Standes zurückzudrängen. Besondere Schwierigkeiten liegen aber noch bei den Knaben und Mädchen vor, die Ostern 1934 die Schule verlassen haben. Diese Jahrgänge sind annähernd doppelt so stark wie die des Vorjahres. Für die Mädchen kommt die Umstellung in der Frauenberufswelt noch erschwerend hinzu.

Sollen die deutschen jungen Mädchen, eure Töchter, als ersten Eindruck ihres Arbeitslebens den der Arbeitslosigkeit empfangen? Sollen sie gerade in den Jahren, da sie am biegsamsten und am leichtesten zu beeinflussen sind, ohne regelmäßige, ihren Charakter aufbauende Arbeit bleiben?

Welche Tätigkeit könnte für die deutschen jungen Mädchen geeigneter sein als die im Hause und an den Kindern?

Solche Arbeit ist genug vorhanden!

Deutsche Hausfrauen, Ihr müßt nur eure Häuser öffnen und die Mädchen hereinlassen!

Deutsche Eltern, Ihr müßt nur eure Mädel lehren, in solcher Arbeit die Grundlage jeder fruchtbaren Tätigkeit zu sehen!

Die Einrichtung eines „Hauswirtschaftlichen Jahres für Mädchen“ soll dazu helfen.

Tüchtige Hausfrauen nehmen Mädchen zum Anlernen ein Jahr zusätzlich in ihre Haushaltungen auf und lehren sie die Grundlagen der Hauswirtschaft und Kinderpflege.

Junge Mädchen, die keine Stelle finden oder im Hause oder Betriebe der Eltern nicht arbeiten können und nicht arbeitslos sein wollen und sollen, erwerben so lebensnotwendige Kenntnisse, die sie entweder in einer späteren Berufsarbeit oder im eigenen Heim verwerten können.

Die Aufnahme erfolgt sichtlich um sichtlich.

Die Krankentagebeiträge trägt die Hausfrau. Die Vorschriften über die Genehmigung von Steuererleichterungen für Hausgehilfinnen finden Anwendung. Am Jahresabschluß erhält das Mädchen ein Zeugnis als Ausweis über das erworbene Können, das ihm als Grundstein seiner weiteren Arbeit dienen kann. Die Anmeldung der Stellen erfolgt bei dem örtlichen Arbeitsauswahlsamt. Junge Mädchen melden sich bei der Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes. Auskünfte erteilt gleichfalls die Berufsberatungsstelle des Arbeitsamtes.

Hausfrauen, Eltern, Jungmädchen, wir rufen Euch zum Werk!

NS-Frauenkraft und Deutsches Frauenwerk

(gez.) Frau Gertrud Scholz-Klinit

Reichsjugendführung

(gez.) Baldur von Schirach

Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

(gez.) Dr. Syrup.

Das hauswirtschaftliche Jahr für junge Mädchen

Berlin, 11. Mai. Im Rahmen der angeforderten großen Aktion zur Unterbringung von etwa 600 000 schulentlassenen Mädchen in einem hauswirtschaftlichen Jahr für Mädchen hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, einen Rundbrief an die Landesführer und Arbeitsämter gerichtet. Er betont, wie das W. J. Büro meldet, darin, daß durch das hauswirtschaftliche Jahr der Arbeitsleben der Frau ein neuer Impuls gegeben werden sollte. Es werde ein örtlicher Ausschuss gebildet, in dem das Arbeitsamt durch eine weibliche Fachkraft vertreten sei. Die Vertreter des Arbeitsamtes habe sich insbesondere zu beteiligen an der Werbung zur Beschaffung von Haushaltungen, die junge Mädchen aufnehmen sollen und können. Der Arbeitsauswahlsamt werde in jedem Einzelfalle die Frage der Zulässigkeit prüfen. Außer dem Falle der Entlassung bisher beschäftigter Hausgehilfinnen, bezw. die Unterlassung einer möglichen Einstellung erfolgen. Wenn hier und da die Beschäftigung von Stundenträgern infolge der Aufnahme eines jungen Mädchens eingeschränkt werden muß, könne trotzdem im Einzelfalle die Zulässigkeit gegeben sein. Die Landhilfe dürfe weder bei der Werbung, noch bei der Stellenbelegung beeinträchtigt werden. Es dürfe überhaupt kein junges Mädchen in das hauswirtschaftliche Jahr vermittelt werden, das voraussichtlich für die Lehrstellen- oder Arbeitsvermittlung, unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft, in Frage komme. Die Vermittlung solcher junger Mädchen in industrielle Arbeit sei im allgemeinen unerwünscht. Es müsse gelingen, den Bedarf der Industrie aus den älteren Jahrgängen zu decken. Die jungen Mädchen sollten im übrigen nicht nur Kenntnisse vermittelt bekommen sondern unter den starken erzieherischen und fruchtbaren Einfluß der Hausfrau gestellt werden.

Der türkische Außenminister in Buzarek

Buzarek, 11. Mai. Der türkische Außenminister Tewfik Rübshi ist am Freitag mittag hier eingetroffen. Auf dem Bahnhof hatten sich Außenminister Titulescu, der Unterstaatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Savel Radulescu, sowie die Buzareker Gesandten Südbilamens, Griechenlands und der Tschchoslowakei zur Begrüßung eingefunden. Der türkische Außenminister wird sich in der rumänischen Hauptstadt bis am Montag vormittag aufhalten.

Neuer Alarm im deutschen Osten

Litauens Angriffe auf das Memelstatut

Von Hermann Briege.

Erst vor wenigen Tagen lehnte die deutsche Regierung die russische Zumutung ab, sich einem Garantiepakt für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten und die Aufrechterhaltung des dortigen Zustandes von heute anzuschließen. Litwinoff, der damit an die deutsche Botschaft in Moskau herangetreten war, angeblich, um alle Hindernisse auf dem Wege zu einem freundlichen Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland zu beseitigen, ist sich naturgemäß darüber klar gewesen, daß in einem solchen Garantiepakt eine Preisgabe von Rußland oder Dritten unabweisbar Absichten gelegen haben würde, Absichten, die irgendeiner deutschen Nachkriegsregierung und am allerwenigsten der jetzigen auch nur im Traum gekommen sind. Das besonders Auffallende an dem ganzen Unternehmen war, daß es in Estland und in Lettland ebenso wie in Deutschland mit Beifremden aufgenommen wurde. Allein Litauen bedundete „Verständnis“ für das russische Vorgehen.

Das geschah nicht nur aus der bekannten weitgehenden politischen Abhängigkeit Litauens von Moskau, sondern auch aus dem bei ihm vielleicht noch stärker als bei Rußland bestehenden Beweggrund, Deutschland international irgendwie anzuschwärzen. Auf diesen Garantiepakt eingehen, sich diplomatisch ernsthaft mit ihm beschäftigen, heißt im Grunde schon, Deutschland verdächtigen. Dabei handelt es sich um einen Verdacht, der am allerwenigsten in Kowno aufgenommen konnte; denn daß Deutschland Litauens Unabhängigkeit bedroht, sich Litauer in seinen Machtbereich einverleiben möchte, ist so ungeheuer abwegig, daß darauf nur eine sehr sonderbare Art des politischen Denkens kommen kann, wenn nicht diese Haltung einem eigenen Schuldgefühl entspricht.

Das letztere ist bei Litauen der Fall. Schuldgefühl fühlt sich Kowno, muß sich Litauen fühlen, wenn es an die kurze Geschichte des Memellandes seit der Unterzeichnung des Versailler Schandvertrages denkt. In der Geschichte der letzten Jahre ist die Tatsache doch nicht einfach auszulöschen, daß das Memelland im Einverständnis mit den es im Auftrag des Völkerverbundes besetzt haltenden Franzosen von litauischen Räuberbanden, mit litauischem Militär im Hintergrunde, überannt worden ist. Es entschuldigt die Litauer nur sehr wenig, daß damals der Außenminister Stresemann mit seiner sehr verwickelten Art, politisch zu denken, es so darzustellen beliebte, als ob Deutschland die Besetzung des Memellandes durch Litauen angenehmer sein müsse als die durch Frankreich. Diese verführerische Auffassung, die sich die damalige marxistisch entscheidend beeinflusste Regierung unendlich gern zu eigen machte, weil sie ihrer Feigheit vor einem klaren Entschluß in einer deutschen Angelegenheit entsprach, ist der eigentliche Untergrund des ganzen Stodes um das Memelgebiet.

Nun lag allerdings eine Verzichtserklärung Deutschlands im Versailler Vertrag auf das Memelgebiet vor. Bei nahe feierlich beriefen sich der Außenminister Stresemann und seine Regierung auf diesen Zusammenhang, obwohl sogar der marxistische Reichskanzler Bauer, der später als Freund Begründungsrede für die Unterzeichnung des Versailler Gewaltvertrages durch seinen Freund Müller und den Zentrumsmann Dr. Well den Gedankenlang vertreten hatte, daß man unterzeichne, aber immer dagegen kämpfen werde. Hier wurde nicht gekämpft! Hier wurde die Betäubung der Nationalgefühle durch Redensarten weitergeführt. Die Memelländer, die sich überzeugen mußten, daß sie auf keine Unterstützung aus Deutschland rechnen konnten, beugten sich der überlegenen Gewalt.

Und so kam es zu der internationalen Politik des Memelstatuts. Deutschland hat daran nicht mitgearbeitet, aber bei jeder Gelegenheit erklärt oder erklären müssen, daß es das maßgebliche politische Instrument für Rechte und Pflichten der Memeldeutschen anerkennt. Selbst aber die geringen Rechte der Memelländer, die im Memelstatut zur Vorkäufung der vertragsmäßigen Selbstverwaltung des Memellandes noch aufrecht erhalten sind, werden von den Litauern immer wieder unter Anwendung von Gewalt angegriffen. Litauen erstrebt die restlose Eingliederung des Memelgebietes in seinen Machtbereich und der Verstaatlichung der Deutschen im Memellande. Daraus erklärt sich zur Genüge seine Haltung in der eingangs angeschnittenen, von Deutschland durch Zurückweisung klar erledigten Frage des Garantiepaktes. Deutschland wird die nationale Unabhängigkeit der baltischen Staaten in ihren nationalen Grenzen niemals gefährden, aber immer bereitstehen, die Rechte der Memeldeutschen mit allem Nachdruck wahrzunehmen. Wenn die Kownoer Regierung endlich einen Ausgleich und ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit Deutschland will, an dem Litauen viel stärker interessiert ist als Deutschland, dann darf sie sich zum mindesten nicht vom Boden des Memelstatuts entfernen. Im übrigen gehört auch das Memelstatut zu den Folgen von Versailles, die ebenso wie der Gewaltvertrag selbst nicht als endgültig betrachtet werden können.

Die Reise des polnischen Außenministers

Buzarek, 11. Mai. Der polnische Außenminister Beck hat am Freitag früh Buzarek verlassen. Irigend welche nachträglichen Kommentare wurden vorerst an seinen Besuch nicht geknüpft. Von offizieller Seite wird lediglich wiederholt, daß es sich um einen Höflichkeitssuch handelte. In politischen Kreisen hebt man hervor, daß die amtlichen Mitteilungen über die Zusammenkunft Titulescu-Beck, wie auch die Ansprachen und die Presseerklärungen sich in Höflichkeitsphrasen erschöpften, ohne irgend etwas politisch Bedeutsames zu sagen. Hervorgehoben wird gleichfalls, daß in allen Auslassungen Beck von Antirevisionismus überhaupt nicht die Rede ist. Dies wird insofern gemerkt, als Außenminister Titulescu in seinen Ansprachen wiederholt von dem gemeinsamen Interesse zur Organisation des Friedens auf Grund der Friedensverträge gesprochen hat, ohne daß der polnische Außenminister auf diesen Punkt eingegangen wäre. Als sicher wird angenommen, daß in der Abwägungsfrage und der Winderheitenfrage die Gleichheit der Standpunkte festgestellt wurde, und daß die Frage der polnischen Flugzeugliefereien grundsätzlich positiv behandelt wurde. Wie weit darüber hinaus allgemeine bündnispolitische Fragen behandelt und gelöst wurden, ist bisher noch nicht bekannt.

Letzter Versuch in der Abrüstung Eine Botschaft Macdonalds

London, 11. Mai. In einer am Donnerstag im Stadtteil Westminster abgehaltenen Massenversammlung zugunsten der Abrüstung wurde eine Botschaft des Ministerpräsidenten Macdonald verlesen, in der es u. a. heißt, eine europäische Nation könne nur versuchen, die andere zu überreden, und wenn ihr dies nicht gelinge, dann sei ein Abkommen unmöglich. Die Regierung sei aber nach wie vor auf Grund reiflicher Überlegung der Meinung, daß ihr Abkommensentwurf der einzige praktische und gegenständliche Plan sei, der irgend welche Hoffnung auf Annahme biete.

Ein Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, die britische Regierung habe sich angesichts der schlechten Aussichten der Abrüstungsfrage mit einer Unterbrechung des Stands der britischen Wehrmacht beschäftigt. Es sei nicht vergessen worden, daß es unter gewissen Umständen wieder notwendig werden könnte, eine britische Expeditionstreitmacht nach dem europäischen Festland zu entsenden.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ sagt in einer Meldung, leider müsse man annehmen, daß Barthou in seiner Unterredung mit Henderson keine Hoffnung auf eine Aenderung der französischen Haltung gegeben habe.

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ meldet, auf der Zusammenkunft zwischen Simon, Eden und Herrn von Ribbentrop sei die jetzige Lage der Abrüstungskonferenz besprochen worden. Eden wollte ursprünglich am Sonntag die Reise zum Völkerbundsrat nach Genf antreten. Da aber Barthou sich am Samstag im Nachtzug nach Genf begibt, werde Eden bereits am Samstag vormittag nach Paris abfahren und die Reise im gleichen Zug wie der französische Außenminister machen.

Eben über den Stand der Abrüstungsverhandlungen

London, 11. Mai. Lord Segeebewaher Eden sprach am Donnerstag auf der Jahreskonferenz des Konföderation Frauenbundes in London über die Abrüstungsfrage. Er sagte u. a.:

Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß die Aufnahme, die der englischen Delegation vom 29. Januar bereitet wurde, enttäuschend war. Ich bin der Ansicht, daß unsere Delegation ein besseres Schicksal verdient hätte. Es ist jetzt an den Regierungen, die der Ansicht sind, daß sie unsere Vorschläge nicht annehmen können, eine andere Politik vorzuschlagen. Wir können weder Fortschritte machen, noch lange auf einem „negativen Punkt“ bleiben. Wir sollten darum bemüht sein, die Schwierigkeiten weder zu vertiefen noch zu überstreifen. Obgleich der Ausblick besorgniserregend ist, fehlt es nicht an ermutigenden Elementen. Die englische Regierung ist verantwortlich für die englische Landesverteidigung und wird diese Treuhänderschaft nicht vernachlässigen.

Zum Londoner Besuch des Herrn von Ribbentrop

London, 11. Mai. Zum Londoner Besuch des Herrn von Ribbentrop schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ u. a., Herr von Ribbentrop sei nicht ermächtigt, zu verhandeln, sondern er solle das Terrain sondieren und Hitler die Ergebnisse seiner Nachforschungen berichten. Herr von Ribbentrop wünsche besonders dringend, von britischen Ministern zu hören, welche Haltung England vor oder nach der Zusammenkunft des allgemeinen Ausschusses der Abrüstungskonferenz am 29. Mai einzunehmen gedenke. Unter den gegenwärtigen Umständen werde er aber wahrscheinlich nicht imstande sein, diesen Wunsch zu befriedigen, da das britische Kabinett über seine künftige Haltung erst noch Beschlüsse fassen müsse.

Henderson in Paris Letzter Versuch in der Abrüstung

London, 11. Mai. Wie Reuter aus Paris meldet, bleibt die französische Regierung hartnäckig dabei, daß sie einer deutschen Aufsehtung nicht Rechtskraft verleihen werde, da diese in Widerspruch zum Versailler Vertrag stehen würde. Dies sei, wie verlautet, der Inhalt der Mitteilungen, die Barthou dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, gemacht habe. Barthou habe erklärt, die französische Regierung lehne den britischen ebenso wie den italienischen Plan in seiner jetzigen Form endgültig ab. Sodann habe er mit Henderson die Möglichkeit erörtert, der Abrüstungskonferenz aus ihrer schwierigen Lage herauszuhelfen. Henderson habe die verschiedenen Pläne, die die britische Regierung erwägt, erläutert, darunter ein Abkommen über Luftstützungen. Nach zuverlässigen Berichten habe sich Barthou von diesen Auswegen nicht sonderlich beeindruckt gezeigt. Barthou soll am Mittwoch von dem italienischen Botschafter eine Mitteilung erhalten haben, derzufolge Mussolini mit der französischen Regierung der Meinung sei, daß nur ein neues Angebot der britischen Regierung die Abrüstungskonferenz retten könne, und zwar ein Angebot, das eine Garantie der französischen Sicherheit enthalte, die über die Grenzen von Locarno hinausgeht.

Paris, 11. Mai. Der Außenminister des „Welt Parisien“ schildert den Verlauf der Unterredung zwischen Barthou und Henderson wie folgt: Henderson habe an die Hoffnung erinnert, die er von seiner letzten Zusammenkunft mit Barthou bezüglich einer Einigung zwischen Paris und London nicht nur über die Frage der Sanktionen, sondern auch über die Konvention mitgenommen habe, zumal diese Hoffnung es gerechtfertigt habe, daß ein Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Genfer Arbeiten in Aussicht genommen worden sei. Er bedauere es sehr, daß die französische Note vom 17. April diese Hoffnung zunächst zunichte gemacht habe. Henderson habe dann auf die Gefahr eines Weltkriegs hingewiesen, das sich aus dem Scheitern der Abrüstungskonferenz ergeben würde, und gefragt, wie sich der französische Außenminister die Zukunft vorstelle und welche Haltung Frankreich einnehmen gedenke.

Die Antwort Barthous könne man dem Bericht über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer vom Mittwoch entnehmen: Der Umstand, der die Lage völlig geändert habe, könne nicht Frankreich in die Schuhe geschoben werden, sondern liege in der Wiederaufrüstung Deutschlands, die Berlin bisher noch nie zugegeben habe. Die Befähigung sei aber zunächst in dem deutschen Haushaltsplan zu sehen und ferner in den Aufklärungen, die dem englischen Botschafter erteilt worden seien. Infolgedessen habe die Regierung Doumergue keine Wahl gehabt und habe London nichts anderes antworten können, als sie es am 17. April getan habe. Auch heute könne sie nur an diesem Standpunkt festhalten.

Barthou reist am Sonntag nach Genf

Paris, 11. Mai. Außenminister Barthou verläßt Paris am Sonntag, um am 14. Mai an der Sitzung des Völkerbundesrates teilzunehmen, der sich mit der Frage der Abstimmung im Saargebiet beschäftigt wird. Wie ergänzend zu Ausführungen Barthous vor dem Auswärtigen Ausschuss der Kammer verlautet, wies der Minister darauf hin, daß Frankreich niemals eine Aufrüstung Deutschlands anerkennen könne, die gegen den Wort

laut der Verträge durchgeführt worden sei. Die französische Regierung werde diesen Standpunkt auch in Genf vertreten.

Französische Blätterstimmen

Paris, 11. Mai. Wenn man dem „Deure“ Glauben schenken darf, dann soll sich Henderson bei seiner Zuhörerschaft mit Barthou dahin geäußert haben, daß die englische Arbeiterpartei zur Rettung der Abrüstungskonferenz geneigt wäre, auf die Regierung Macdonald einen Druck auszuüben, damit England das Protokoll von 1924 wieder in den Bereich der Möglichkeit ziehe um ja dem französischen Wunsch nach Sicherheitsgarantien entgegenzukommen. Diese Gedankenrichtung bezeichnet das „Deure“ allerdings selbst als utopisch. Das „Echo de Paris“ schreibt: Man habe Henderson seinerzeit zum Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz gewählt, weil er innerhalb der zweiten Internationalen über Ansehen verfügte und weil man der zweiten Internationalen demagogische Propagandamacht beimag. Schon damals — 1931 — sei diese Auffassung veraltet gewesen. Heute aber, nach 15monatiger Hitlerrevolution und nach der Roten Woche von Wien sei diese Auffassung einfach lächerlich. Henderson beherrsche aber auch die technische Seite der Abrüstungsfrage nicht. Die französische Regierung fährt das „Echo de Paris“ fort, wünsche einen möglichst baldigen Wiederauftritt der Abrüstungskonferenz, damit jeder seine Karten aufdecke. In lange habe die Konferenz als moralische Deduktion für die Aufrüstung Deutschlands gedient. Im Interesse Frankreichs liege es, daß diese Verwirrung beseitigt werde.

Einberufung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz am 29. Mai

Paris, 11. Mai. Ueber die Unterredung zwischen dem französischen Außenminister und dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz ist eine kurze Mitteilung ausgegeben worden, die folgendermaßen lautet:

„Der französische Außenminister Barthou und der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, haben am Freitag morgen den Gedankenaustausch, den sie gestern begonnen hatten, in dem gleichen herzlichen Geist fortgesetzt und festgestellt, daß sie der gleichen Ansicht sind über die Notwendigkeit der Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz zu dem vorgesehene Zeitpunkt des 29. Mai einzuberufen. Das Büro der Abrüstungskonferenz soll am Vortage für eine vorbereitende Sitzung zusammentreten.“

Schlussberatungen des Sozialversicherungsausschusses

DRS. Berlin, 11. Mai. Der zur Vorbereitung der gelegentlichen Arbeiten für den Umbau der Sozialversicherung vom Reichsarbeitsminister einberufene Sachverständigenausschuss hat am Freitag, den 11. Mai, unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Krohn vom Reichsarbeitsministerium seine Beratungen abgeschlossen. Der Ausschuss einigte sich auf Vorschläge, die an den Grundgedanken der von Bismarck stammenden Sozialversicherung festhalten, jedoch auf einer einheitlichen Strafen von oben geführten übersichtlichen Organisation aufbauen.

Die Berliner Transferverhandlungen

DRS. Berlin, 11. Mai. Der Unterausschuss der Transferkonferenz hat am Freitag ebenso wie in den letzten Tagen Sitzungen abgehalten. Infolge der am Sonntag und Montag in Basel stattfindenden Generalversammlung und der Verwaltratsratssitzung der W.Z., an denen sowohl der Vorsitzende der Transferkonferenz, Leon Frazer, als auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilnehmen, findet die nächste Sitzung erst am Dienstag nachmittag statt. Die Besprechungen über technische Einzelfragen werden über das Wochenende fortgesetzt.

Die nächste Sitzung der Transfer-Konferenz am Dienstag

Berlin, 11. Mai. Der Unterausschuss der Transferkonferenz hat am Freitag ebenso wie in den letzten Tagen Sitzungen abgehalten. Infolge der am Sonntag und Montag in Basel stattfindenden Generalversammlungen, an denen Leon Frazer, sowie auch Dr. Schacht teilnehmen, findet die nächste Sitzung erst am Dienstag nachmittag statt. Die Besprechungen über technische Einzelfragen werden über das Wochenende fortgesetzt.

Schachweltmeister Schacht kämpft

15. Schachwettkampfpartei in günstiger Stellung für Aljechin abgebrochen.

München, 12. Mai. Die 15. Schachwettkampfpartei am Freitag, wiederum ein angenehmes Damengambit, war wieder eine ausgezeichnete Leistung der beiden Rivalen. Der deutsche Meister verbrauchte leider etwas viel Bedenkzeit, so daß es sich Dr. Aljechin gestalten konnte, einer Zugwiederholung auszuweichen, um auf die Zeitnot seines Gegners zu spekulieren. In der Abbruchstellung hatte der Weltmeister die besseren Chancen, die unter Umständen in Gewinn umzuetzen sind. Die Partie wird am Samstag mittag zu Ende geführt.

Deutsche Mutter

Nirgends in der Welt hast Du Deinesgleichen. Das dürfen wir sagen ohne Ueberhebung. Seit Urzeiten wirft durch Dich die Kraft, die schon der germanischen Mutter die feilsche Stärke verlieh, verantwortlich zu sein für die heiligsten Güter des Volkes. Im Falle der höchsten Gefahr verteidigte die germanische Mutter unter Einjegung des Lebens selbstlos die Wagenburg, die in ihrem Innern Schutz bot den germanischen Kindern betreuend von den germanischen Müttern. Heute hast Du, deutsche Mutter, keine Wagenburg mehr zu verteidigen, aber in Deiner Mütterlichkeit kämpfst Du um die Erhaltung der deutschen Volksseele und der Laikraft Deines Volkes. So hast Du Dir von Generation zu Generation Deine Güter erhalten und wenn dunkle, trübe Tage kamen, wenn großes Leid durch das Volk schritt, wenn scheinbar alles verloren war, dann warst es am Ende immer wieder Du, die die Quelle des deutschen Volkstums, aus der wir seit jeher unsere größte Kraft schöpften, nicht verlegen ließ. Zu vielen Zeiten wurdest Du nicht einmal richtig verstanden, so in den Jahren, die hinter uns liegen, in den Jahren der Zerrissenheit des deutschen Volkes. Dein Trieb, neues Leben hervorzubringen, schütterte an unmöglichen Systemen, die es fertig brachten, der deutschen Mutter den heiligen Mantel deutscher Mütterlichkeit von den Schultern zu reißen, diesen mit dem Mantel der Lächerlichkeit zu vertauschen. Da war es, deutsche Mutter, Dein urheiliger Wille, dessen ungeachtet neues, deutsches Leben hervorzubringen, denn Deinen ewigen Trieb konnten unmögliche Systeme nicht unterbinden.

Nun gibt Dir der nationalsozialistische Staat die Möglichkeit der vollen Entfaltung Deiner Mütterlichkeit, gibt Dir aber auch die Ehre, die Dir zukommt, weil Du deutsche Urkraft zu erhalten berufen bist. Deutsche Mutter, Dich wollen wir führen, Dich in Deiner großen Selbstlosigkeit; Du bist uns das Vorbild deutscher Opfer- und Schöpferkraft. Otto Kenball.

Beileid für Buggingen

Das Beileid des Reichsbischofs.

Der Reichsbischof richtete an den Herrn Landesbischof anlässlich der Bugginger Katastrophe folgendes Beileidstelegramm: „Aufs tiefste erschüttert von der Bergwerkskatastrophe bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der Verunglückten meine herzlichste Teilnahme zu übermitteln. Möge Gott, der Herr, die Trauernden stärken und trösten, daß sie tragen können, was ihnen an Kreuz und Leid aufgelegt ist.“

Die Evangelische Landeskirche hat zur Linderung der Not der Hinterbliebenen der verunglückten Arbeitsskinner in Buggingen 5000.— RM. zur Verfügung gestellt.

Teilnahme der Universität an dem Unglück von Buggingen
Hd. Heidelberg, 11. Mai. Der Rektor der Universität Heidelberg hat an die Gruberverwaltung von Buggingen folgende Depesche gesandt:

„Die Universität Heidelberg gedenkt der Männer, die in der Arbeit und im Dienst am Volk ihr Leben ließen. Ich bitte, den Verwundeten und den Hinterbliebenen der auf dem Ehrenfeld der Arbeit Gefallenen unsere herzlichste Anteilnahme an ihrem Geschick auszusprechen. Als erste Hilfe für die Notleidenden habe ich der Gruberverwaltung RM. 500.— überwiesen.“
gez. Der Rektor der Universität Heidelberg.“

Beileid des Königs von Italien zum Bugginger Unglück
Berlin, 11. Mai. König Viktor Emanuel von Italien hat an den Reichspräsidenten anlässlich der Grubenkatastrophe von Buggingen ein Beileidstelegramm gerichtet, und ihn seines herzlichsten Mitempfindens mit den Hinterbliebenen versichert.

Weitere 50 000.-RM.-Spende für Buggingen

Berlin, 11. Mai. Der Salzdetfurth-Konzern hat dem preussischen Oberbergshauptmann als Vorsitzenden des Aufsichtsrats der preussischen Bergwerks- und Hütten-W.G. für die Hinterbliebenen der Opfer in Buggingen den Betrag von 50 000 RM. zur Verfügung gestellt.

10 000.-RM.-Spende des Reichspräsidenten für Buggingen
Berlin, 11. Mai. Reichspräsident von Hindenburg hat für die Hinterbliebenen der bei dem Bugginger Bergwerksunglück ums Leben gekommenen Bergleute aus seinem Dispositions-Fonds eine Spende von 10 000 RM. zur Verfügung gestellt.

Der Riffhäuserbund spendet 2000 RM. für Buggingen

Berlin, 11. Mai. Der Bundesführer des Riffhäuserbundes Oberst Reinhardt, hat dem Riffhäuser-Landesverband Baden die Summe von 2000 RM. als erste Hilfe für die von dem Grubenunglück von Buggingen betroffenen Kameraden überwiesen.

Mandschukuo beklagt sich bei Japan über China

Tschangschun, 11. Mai. Die mandschurische Regierung hat an die japanische Regierung eine Note gerichtet, in der die chinesische Regierung beschuldigt wird, sich an der in der Mandschurei ausgebrochenen Aufstandsbewegung zu beteiligen. Es wird ihr besonders vorgeworfen, die Aufständischen mit Waffen und Geld zu versorgen. Außerdem seien mehrere Gruppen von Instrukteuren von der chinesischen Regierung nach der Mandschurei entsandt worden, um dort den Kampf gegen die Regierung Kuji zu organisieren. Die mandschurische Regierung erjudet die japanische Regierung um Maßnahmen, die Verbindungen zwischen chinesischen amtlichen Stellen und den mandschurischen Aufständischen unschädlich zu machen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Das deutsche Handwerk errichtet ein Ehrenmal. Ein Ehrenmal des Handwerks wird, wie das W.Z.-Büro meldet, am Sonntag den 13. Mai in Magdeburg eingeweiht. Um die Bodenständigkeit und Volksergebenheit zu betonen, ist die Form eines niederländischen Bauernhauses als Beweis für die Untrennbarkeit von Blut und Boden gewählt worden.

Ungarische Eisenbahner in München. Am Mittwoch sind in München 120 ungarische Eisenbahnbeamte zu einem mehrtägigen Aufenthalt eingetroffen.

Mussolini beglückwünscht Starhemberg. Ministerpräsident Mussolini hat an Vizelanzler Starhemberg ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm anlässlich der Übernahme des Blaufarntes seine freundschaftlichen Grüsse übermittelt.

Der im Salzammergut erschlossene Schiefersteinmahlwerk ist nicht einem Anschlag zum Opfer gefallen, sondern von einem blindlings abgegebenen Schuß eines Kameraden getötet worden.

USA. lassen 80 Großbombenflugzeuge bauen. Das Kriegsministerium hat mit der Durchführung des großen amerikanischen Luftstützungsprogramms begonnen und zunächst die Lieferung von 80 Bombengroßflugzeugen ausgeschrieben.

Der jüdische Großbetrüger Injull mittellos. Das Bundesappellgericht lehnte das Gesuch des jüdischen Großbetrügers ab, die Kaution von 200 000 Dollar herabzusetzen. Injull Anwalt erklärte dem Gericht, der einkittige Multimillionär sei mittellos.

Tabakarbeiterstreik in Bulgarien. 2600 Tabakarbeiter sind in Philippopol in den Streik getreten. Sie fordern Lohnerhöhung und andere Vergünstigungen von geringerer Bedeutung.

Brazilianer und japanische Siedler. In der Stadt Tieto ist es zu einem blutigen Kampf zwischen den eingewanderten Brazilianern und japanischen Kolonisten gekommen. Der Vater eines verführten japanischen Mädchens hatte einen Brazilianer erschossen. Daraufhin griffen die brasilianischen Bauern die japanische Siedlung an und verjagten die Kolonisten. Fünf von ihnen wurden erschlagen, 16 erlitten schwere Verletzungen.

Delmagat von Banditen entführt. Eine der verwegenen Entführungen ihrer Art wurde hier von zwei meisterten bewaffneten Männern mit Revolvern ausgeführt. Sie verschleppten den Millionär und Delinquenten William J. Gettle, während er eine Gesellschaft auf seinem neu erworbenen Landgut gab. 10 Gäste hielten sich im Wohnhaus auf.

Großfeuer in einer Hunsrück-Ortschaft. Von einem schweren Schadenfeuer wurde die Ortschaft Kirchberg heimgesucht. In einer Scheune brach ein Feuer aus. Insgesamt wurden vier Wohnhäuser und sieben Scheunen vernichtet.

Heilt den deutschen Dichtern u. Komponisten
Besucht das Badische Staatstheater!